



Antrag

der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zum Tagesordnungspunkt 18 - Drucksache 15/733 -
Referendarbezüge für Lehramtswärter an Beruflichen Schulen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird gebeten, dem Landtag bis zur 13. Tagung des Landtages über die von ihr geplanten Maßnahmen zu berichten, mit denen sie sicher stellen will, dass den Schulen angesichts der Pensionierungswelle und dem Mehrbedarf an Lehrkräften einerseits und den zurück gehenden Absolventenzahlen der Hochschulen andererseits Nachwuchskräfte in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen.

Die Landesregierung möge insbesondere darüber Auskunft geben,

- in welcher Weise und mit welchen bisherigen Ergebnissen die Bundesländer bei der Sicherung des Lehrernachwuchses und der Unterrichtsversorgung aller Schularten und –fächer zusammen arbeiten,
- in welcher Weise sie Schulabgänger und Schulabgängerinnen aktuell zur Wahl eines Lehramtsstudiums motivieren will,
- in welcher Weise sie die Lehreraus- und –fortbildung weiter entwickeln und neu gestalten will und in welchen Zeiträumen die Umsetzung erfolgen soll,
- unter welchen Voraussetzungen der Zugang für die verschiedenen Gruppen von „Quereinsteigern und Quereinsteigerinnen,“ in den Schuldienst erleichtert werden soll sowie ob und welcher zusätzliche Aufwand an Qualifizierungsmaßnahmen für diese Zielgruppe in den nächsten Jahren zu erwarten ist,
- in welcher Weise mit Personalkostenbudgets auch personalwirtschaftliche Entscheidungen in den Schulen selbst getroffen werden können,
- welche Schritte sie ergreifen will, um die durch das Versorgungsreformgesetz von 1998 z.T. erheblich reduzierten Anwärterbezüge zu erhöhen,
- welche besonderen Maßnahmen sie zur Sicherung des Nachwuchses im Berufsschulbereich ergreifen will.

Dr. Henning Höppner
und Fraktion

Angelika Birk
und Fraktion